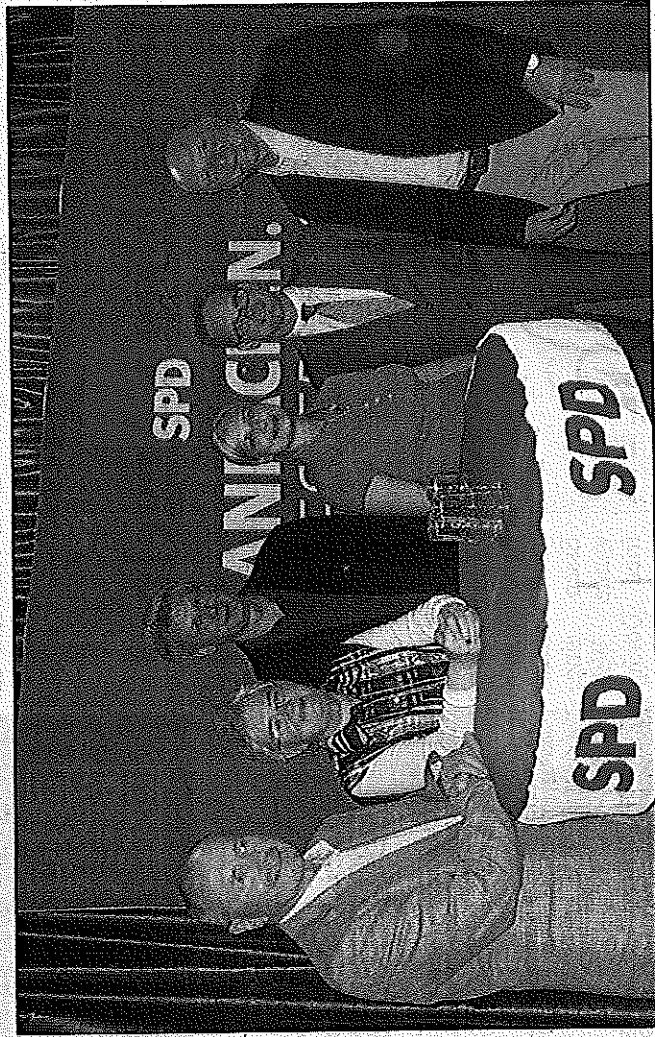


# SPD diskutierte über Waffenexporte

Vorrang müsse das Zivile haben

LIEBENAU. Die Sozialdemokraten im Landkreis Nienburg und der heimische Landtagsabgeordnete Grant Hendrik Tonne hatten zur Diskussionsveranstaltung in die Kulturscheune Liebenau zum Thema „Waffen- und Rüstungsexporte im Angesicht des Terrors“ eingeladen. „Können Waffenlieferungen den Terror aufhalten oder richten sie mehr Schaden an? Müssen wir uns rechtfertigen, wenn sie in Krisen- und Kriegsgebieten eingesetzt werden, um das Massakeren von ganzen Volkgruppen zu verhindern? Wie gehen wir mit unserer Wertordnung um? Wohl wissend, dass sich die Krisen dieser Welt nicht nur durch Friedensprävention bewältigen lassen“, fragte Tonne einleitend.

„Verschiedene Gesetze und Richtlinien regeln die Lieferung von Waffen und Rüstungsgütern, Kriterien seien festgelegt und das Wirtschaft-, Außen- und Verteidigungsministerium stimmen sich in dieser Frage eng ab. Die missbräuchliche Verwendung dieser Güter unterliegt einer ständigen Kontrolle. Da



DISKUTIEREN über Waffen- und Rüstungsexporte: Ernst Bruntschön, Elke Tonne-Jork, Pastor Lutz Krügener, Marja-Liisa Völlers, Grant Hendrik Tonne und Bernd Westphal.

schauen wir schon ganz genau hin“, berichtet Bernd Westphal, Bundestagsabgeordneter und Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie sowie Experte für Rüstungsexport. Oft werde der hohe Wehretat und die Ausfuhr der Rüstungsindustrie in Deutschland angeprangert, dieses sei aber aufgrund der internationalen Bedrohung

durch Terrorismus und IS gerechtfertigt. Krisen- und Friedensprävention gehe auch für ihn vor. Doch Deutschland müsse sich auch seiner Bundesverantwortung und internationalen Rolle stellen, dazu gehöre eine gut ausgestattete Bundeswehr. Ohne ein Eingreifen bei Konflikten ist aus seiner Sicht ein humanitärer Einsatz mit

großer Gefahr für die Helfer verbunden, machte Westphal deutlich. Pastor Lutz Krügener, im Arbeitsfeld Frieden tätig, sieht das berufsbedingt anders: Rüstungsexporte gefährden Freiheit und Leben, für ihn seien die ethischen Grundsätze allen anderen Erwägungen unterzuordnen. Deutschland muss mehr Verantwortung übernehmen. Aber

warum werde dies immer gleich militärisch definiert? 60 Prozent der Rüstungsexporte gehen in Drittländer, ein großes Problem für ihn. Was Empfängerland? Er bezweifle, dass es ausreichende Kontrollen gebe. Für ihn stehe fest: „Vorrang für das Zivile: Die Umsetzung des von der Bundesregierung eingesetzten Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ sowie die Arbeit der Vereinten Nationen (UN) muss besser mit Finanz- und Sachmitteln ausgestattet werden.“ Hier gäbe es ein zu großes Ungleichgewicht, kritisierte Krügener. In der anschließenden Diskussion mit dem Publikum, die SPD-Chefin Elke Tonne-Jork moderierte, wurden die vorgenannten Themen weiter vertieft, sowie die aktuelle Flüchtlingskatastrophe und der Ukraine-Konflikt erörtert. „Diese Themen machen betroffen und erzeugen Unbehagen, einen Königsweg wird es nicht geben. Wir haben die Verantwortung eine Balance zwischen Sicherheits- und Friedenspolitik herzustellen und nie den Dialog zu beenden“, resümierte Ernst Bruntschön, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion.

